



Resolution

Eingebracht durch Belgien und Schweden

"Kinder sind unsere Zukunft, besonders ihre Rechte müssen geschützt werden"

Der Menschenrechtsrat,

Bezug nehmend auf die UN-Kinderrechtskonvention (angenommen durch die GV am 20.11.1989), die meist ratifizierte Konvention der Welt,

betonend, dass im Jahr 2000 nochmals zwei Zusatzprotokolle, betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und das Verbot von Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie, ratifiziert wurden und schließlich mit den Unterschriften vieler Länder in Kraft traten,

bestürzt darüber, dass Staaten und Organisationen immer wieder die Unschuld und Naivität der Kinder ausnutzen,

erinnernd, dass trotz einiger von UNICEF dokumentierter Fortschritte in den letzten Jahren ein Großteil der formulierten Ziele noch nicht erreicht wurden.

Hinweisend vor allem auf die Situation von über 250000 Kindersoldaten, deren Schutz erst durch das Zusatzprotokoll zur Kinderrechtskonvention am 25.05.2000 verankert wurde,

hervorhebend, dass die Umsetzung der Kinderrechte ein entscheidender Schritt zur Erfüllung der UN-Millenniumsziele ist,

In Erinnerung rufend, dass Artikel 4 das Ziel verfolgt, die Kindersterblichkeit um 66 Prozent zu verringern,

hinweisend auf die bei der 27. Sondersitzung der GV am 10.05.2002 verabschiedete Abschlussdokument „Eine kindgerechte Welt“ und die darin geäußerten Verspflichtungen,

überzeugt, dass die Kinderrechte nur durch die finanzielle, strukturelle oder anderweitige Unterstützung der Industriestaaten für die Schwellen- und Entwicklungsländer, wenn das betroffene Land dies wünscht durchsetzbar sind

1. legt dringend nahe, dem Kindeswohl in allen Staaten hohe Priorität einzuräumen;

2. fordert, dass fahrlässige Verstöße gegen die Kinderrechtskonvention geahndet und mit angemessenen Maßnahmen, die in der Möglichkeit der GV liegen, bestraft werden,
3. bittet Länder, die sich nicht in der Lage fühlen, die in der Kinderrechtskonvention angeführten Rechte zu schützen, ihre Bedenken vorzutragen, sodass eine allgemein anerkannte Lösung gefunden werden kann;
4. verlangt, dass alle Industrienationen innerhalb eines festgelegten Zeitraumes für alle Kinder und Jugendliche eine umfassende Gesundheitsreform zur Verfügung stellen,
5. fordert, dass die Industriestaaten zur Wahrung der Kinderrechte mit finanzieller, struktureller sowie anderweitiger Hilfe die Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Lösung ihrer Probleme unterstützen, wobei die Hilfe finanzieller Art über den Zwischenschritt eines UN.Fonds geschehen muss und nur, sofern diese dies wollen)
6. fordert die Rekrutierung von Kindersoldaten international zu ächten und national nicht ungestraft zu lassen;
7. beschließt, den Kinderrechten auch weiterhin hohe Beachtung zu schenken.